



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Prüfungskultur 2.0 – Rahmen geben, Lernen fördern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) vorzulegen, der moderne, auch digital- und KI-gestützte Prüfungsformate als zulässige Formen der Leistungserhebung ausdrücklich ermöglicht und rechtssicher verankert.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, zeitgleich die einschlägigen Schulordnungen anzupassen, um

1. Zulassung, Durchführung und Bewertung moderner Prüfungsformate verbindlich zu regeln,
2. Vergleichbarkeit, Transparenz und Datenschutz zu sichern,
3. einen Rahmen für den Einsatz von KI-Systemen in Prüfungssettings zu definieren,
4. Qualitätssicherung (Aufgabenpools, Moderations-/Standard-Setting-Verfahren) zu verankern.

Begründung:

Die Anhörung im Ausschuss für Bildung und Kultus hat gezeigt: Das derzeitige Prüfungssystem ist an vielen Stellen verbesserungsbedürftig (u. a. hohe Taktung/Monotonie, zu wenig Prozess- und Feedbackorientierung). Breiter Konsens ist, dass Prüfungen Lernen fördern, Angst reduzieren und differenziertes Feedback geben sollen. Zudem müssen kognitive Anwendung, digitale Kompetenzen und KI-bezogene Anforderungen zeitgemäß geprüft werden. Schulen benötigen dafür Gestaltungsfreiheit, aber klare und rechtssichere Leitplanken für Fairness, Vergleichbarkeit und Datenschutz – ohne zusätzliche Überlastung.

Diese Einschätzungen werden durch den Schulversuch „Prüfungskultur innovativ“ unterstrichen: In ihrer Festrede würdigte Staatsministerin für Unterricht und Kultus Anna Stolz die dort erprobten digitalen Prüfungen, hybriden Leistungsmessungen und die Möglichkeiten der KI als praxistaugliche Wege zu einer modernen, schülerzentrierten Prüfungskultur. Die Ergebnisse sollen „in der Breite wirken“ und die Prüfungskultur „Schritt für Schritt verändern“. Auch die Wirtschaft bekräftigt die Relevanz: Der vbw-Hauptgeschäftsführer betonte, dass innovative, digitale, kooperative und kreative Prüfungsansätze Schlüsselkompetenzen für den Arbeitsmarkt vermitteln und so die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts stärken.

Die vorliegenden Praxiserfahrungen und die im Ausschuss benannten Bedarfe machen deutlich: Ohne explizite Rechtsgrundlagen im BayEUG und präzise Regelungen in den

Schulordnungen bleibt die Einführung moderner, auch KI-gestützter Prüfungsformate rechtlich unsicher und heterogen. Der beantragte Rechtsrahmen schafft Verlässlichkeit, Vergleichbarkeit und Datenschutzsicherheit, fördert Lernqualität und Motivation – und ermöglicht zugleich eine maßvolle, evaluiert ausgerollte Modernisierung der Prüfungskultur.